Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 18,300.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 285. **Freitag** den 12. October 1883. **77. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch öffentlich bekannt,

1) daß alle in Leipzig wohnhaften Knaben, welche Ostern 1882 und Ostern 1883 aus einer der hiesigen Volksschulen entlassen worden oder von einer höheren Schule abgegangen sind, ohne im letzteren Falle das 15. Lebensjahr vollendet und die Classe erreicht zu haben, welche diesem Alter nach dem Plane der Schule entspricht, zu dem Besuche der **Fortbildungsschule für Knaben** verpflichtet sind;
2) daß die Anmeldung derselben, wenn sie im Bezirk der I. Fortbildungsschule wohnhaft sind, bei Herrn Director Päschmann, dafern sie sich aber im Bezirk der II. Fortbildungsschule aufhalten, bei Herrn Director Dr. Stoerl zu erfolgen hat;
3) **daß auch diejenigen Knaben anzumelden sind, welche aus irgend einem Grunde von dem Besuche der städtischen Fortbildungsschule entbunden zu sein glauben;**
4) daß hier einziehende Knaben, welche Ostern 1881, 1882 und 1883 aus einer auswärtigen Volksschule entlassen worden sind, ebenfalls zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet und sofort, **spätestens aber binnen drei Tagen nach dem Einzuge** bei dem Director der Fortbildungsschule ihres Bezirks anzumelden sind;
5) daß Eltern, Lehrherren, Dienstherrschaften und Arbeitgeber bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 30 ℳ, die im Falle der Nichterlegung in Haft umzuwandeln ist, **die schulpflichtigen Knaben zu dieser Anmeldung anzuhalten oder letztere selbst vorzunehmen haben.**

Leipzig, am 4. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Leuner.

Bekanntmachung.

Gemäß der Kirchenvorstandsordnung hat demnächst die Hälfte der Mitglieder des Kirchenvorstandes von **St. Thomä** auszuscheiden und eine Ergänzungswahl durch die Kirchengemeinde stattzufinden.

Stimmberechtigt zu dieser Wahl sind alle selbstständigen Männer evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben, verheirathet oder nicht, mit Ausnahme solcher, die durch Verachtung des Wortes Gottes oder unehrbaren Lebenswandel öffentlichen, durch nachhaltige Besserung nicht wieder gehobenen Aergerniß gegeben haben, des Stimmrechts bei kirchlichen Wahlen wegen Versäumniß der kirchlichen Trauung, oder der Taufe ihrer Kinder verlustig geworden, oder von dem Stimmrecht der politischen Gemeinde ausgeschlossen sind.

Wer von seinem Stimmrechte Gebrauch machen will, hat aber vor Allem sich anzumelden. Solche Anmeldungen können ebensowohl **schriftlich** als **mündlich** gemacht werden.

Die persönlichen Anmeldungen zu der bevorstehenden Ergänzungswahl werden von **Donnerstag, den 11. October bis Sonnabend, den 13. October, Vormittags von 10—1 Uhr, in der Sacristei der Thomaskirche** angenommen.

Schriftliche Anmeldungen, bei welchen genau anzugeben ist: 1) Vor- und Zuname, 2) Stand, Gewerbe rc., 3) Geburtstag und Jahr, 4) Wohnung, werden vom 11. October bis 13. October zu jeder Tagesstunde (am 13. jedoch nur bis 1 Uhr Nachmittags in der Kirchenexpedition, Thomaskirchhof 23, angenommen.

Noch bemerken wir, daß zur Thomaskirche folgende Straßen und Plätze der Stadt eingepfarrt sind:

Alexandrastraße, Alter Amtshof, Beethovenstraße, Bismarckstraße, Kleine Burggasse, Burgstraße, Centralstraße, Colonnadenstraße, Davidstraße, Dorothenstraße, Elisenstraße, Erdmannstraße, Ferdinand Rhodestraße, Gottschedstraße, Grassistraße, Harkortstraße, Härtelstraße, Hauptmannstraße, Hillerstraße, Jablonowskistraße, Johannapark, Klostergasse, Königsplatz, Kramerstraße, Kurprinzstraße, Leplaystraße, Markt (Süd- und Westseite, letztere von der Petersstraße bis zum Barfußgäßchen), Marschnerstraße, Mendelssohnstraße, Moritzstraße, Moschelesstraße, Mozartstraße, Mühlgasse, Münzgasse, Obstmarkt, Oelsnerstraße, Peterskirchhof, Peterssteinweg, Petersstraße, Plagwitzer Straße, An der Pleiße, Pleißenburg, Pleißenstraße, Preußergäßchen, Promenadenstraße, Roßplatz (vom Königsplatz bis zur Ulrichsgasse), Rudolphstraße, Schillerstraße, Schloßgasse, Schrebergäßchen, Schreberstraße, Schulstraße, Sebastian Bach-Straße, Seitenstraße, Simsonstraße, Sporergäßchen, Sternwartenstraße, Thomasgäßchen, Thomasiusstraße (südlicher Theil, von der Oeser- bis zur Pantaleonsstraße), Thomaskirchhof, Turnerstraße, Ulrichsgasse, Weststraße, Wiesenstraße, Wilhelm Seyfferth-Straße, Windmühlengasse, Windmühlenstraße (vom Königsplatz bis zur Turner- und Emilienstraße), Zimmerstraße.

Wir fordern hiermit die evangelisch-lutherischen Einwohner der bezeichneten Stadttheile auf, sich innerhalb der genannten Frist und **spätestens bis mit dem 13. October** anmelden zu wollen und ersuchen dieselben um zahlreiche Ausübung dieses für die Selbstverwaltung der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde hochwichtigen Rechtes.

Leipzig, 5. October 1883.

Der Kirchenvorstand zu St. Thomä.
Dr. F. W. Valentiner.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von **Wasserrohrleitungen** und **Wasseranlagen** in Privatgrundstücken **vom 1. Juli 1880** und der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken **vom 2. März 1863** machen wir hierdurch bekannt, daß

Herr **Bruno Berger** hier, Sternwartenstraße Nr. 41, Sout. zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 9. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wolfram.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr **Josef Pieper**, Tauchaer Straße Nr. 31 part., zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 9. October 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wolfram.

Die Inhaber der von unserm II. Filial als abhanden gekommen angezeigten Interimsscheine über die Sparcassenbücher Serie II. Nr. 19596, 56170 werden hierdurch aufgefordert, dieselben innerhalb drei Monaten und längstens am 15. Januar 1884 an die unterzeichnete Anstalt zurückzugeben, oder ihr Recht daran zu beweisen, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß den angemeldeten Verlustträgern nach erfolgter Beeidigung ihrer Anzeige die Bücher ausgehändigt werden.

Leipzig, den 10. October 1883.

Die Verwaltung des Leihhauses u. der Sparcasse.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte sollen auf Antrag des Zustandsvormunds des geisteskranken Dr. med. Julius Eduard Kühn und der Ehefrau des letzteren die demselben gehörigen drei Grundstücke, nämlich:

a. das auf dem Folium 444 des Grund- und Hypothekenbuchs für die Stadt Leipzig eingetragene, zu Leipzig am Neukirchhof unter Nr. 28 belegene Hausgrundstück, welches eine Fläche von 95 Quadratmetern mit 810 Steuereinheiten enthält und am 16. Mai 1883 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf 28,000 ℳ gewürdert worden ist,
b. das auf dem Folium 229 des Grund- und Hypothekenbuchs für Gohlis eingetragene, daselbst an der Schmiedestraße unter Nr. 9 belegene Hausgrundstück, welches eine Fläche von 9.7 Ar mit 392.93 Steuereinheiten enthält und am 21. Mai 1883 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf 15,000 ℳ gewürdert worden ist und
c. das auf dem Folium 230 des Grund- und Hypothekenbuchs für Gohlis eingetragene, daselbst an der Möckern'schen Straße unter Nr. 37 belegene Villengrundstück, welches eine Fläche von 17.6 Ar mit 486.83 Steuereinheiten enthält und am 22. Mai 1883 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf 72,000 ℳ gewürdert worden ist,

freiwilliger Weise öffentlich meistbietend versteigert werden, und zwar unter den sonstigen hiesiger Amtsstelle, als auch an Gemeinderathsstelle zu Gohlis zum Aushange gebrachten Bedingungen.

Die Versteigerung des sub a gedachten Grundstücks findet

am 18. October 1883, Vormittags 11 Uhr,

an **unterzeichneter Amtsstelle**, parterre, Zimmer Nr. 80, die Versteigerung der sub b und c benannten beiden Gohliser Grundstücke dagegen findet

am 22. October 1883, Vormittags 11 Uhr,

in dem unter c gedachten Villengrundstücke in **Gohlis** an der Möckern'schen Straße unter Nr. 37 statt.

Die Versteigerung der sub b und c erwähnten Grundstücke wird unter Annahme doppelter Gebote, nämlich einmal auf jedes dieser Grundstücke einzeln, sodann auf beide Grundstücke zusammen bewerkstelligt werden.

Leipzig, am 26. September 1883.

Königliches Amtsgericht daselbst, Abtheilung V, Section 1.
Mannsfeld.

Nichtamtlicher Theil.

Gegen die Fortschrittler.

Die Zeitungen unserer Gegner bieten alle dasselbe Bild, mag man die „Norddeutsche" oder das „Berliner Tageblatt", die „Kreuzzeitung" oder die „Berliner Zeitung" vornehmen, alle zeigen dieselbe Ideenarmuth, alle wissen auf dem Gebiete der inneren Politik kein anderes, kein ergiebigeres Thema zu behandeln als — die angeblich niedergeworfene, die völlig todte nationalliberale Partei. Fast scheint es, als ob die Fortschrittler und Rückschrittler es schmerzlich empfinden und beklagen, daß wir „todt" sind und sich nun alle Mühe geben, uns wieder ins Leben zurückzurufen, und es ist wahrhaft rührend, täglich wahrzunehmen, wie die „Grundfehler" der nationalliberalen Partei von den Radicalen herausgesucht und erörtert werden.

Das „Berliner Tageblatt" weiß nun gar zu melden, daß die nationalliberale Partei „stets alle idealen politischen Ziele von sich abgewehrt" habe. Wir denken, wenn man mit allen Mitteln bestrebt gewesen ist, **positiv** zu wirken, den Ausbau der **Reichsverfassung** und das Gedeihen des **Reiches** in liberaler und nationaler Richtung zu fördern, daß man dann bewiesen hat, daß man nicht der idealen Gesinnung bar ist, und jedenfalls haben wir zur Verwirklichung der **Ideale der deutschen Nation um ein Erkleckliches mehr beigetragen als die Fortschrittler**, deren „Idealismus" sich bei der Abstimmung über die deutsche Reichsverfassung und das deutsche Strafgesetzbuch eclatant zeigte: hätten diese „Idealen" die Mehrheit gehabt, dann gäbe es eben überhaupt heute noch kein deutsches Reich, keine deutsche Münzeinheit, kein deutsches Maß und Gewicht, kein gemeinsames deutsches Recht. Wir sind als praktische Politiker gern bereit, vergangene Sünden unserer Gegner zu vergessen, um **uns** mit ihnen auf dem von uns geschaffenen Boden zu gemeinsamer ersprießlicher Thätigkeit zusammenzufinden; aber je länger desto mehr zeigen sich die Fortschrittler bemüht, aller Welt klar zu machen, daß sie Feinde jedes positiven Wirkens sind und nach wie vor ihr Heil lediglich in der starren Opposition suchen wollen. Da ist es denn doch nothwendig, daß wir auf unsere Verdienste um das gemeinsame Vaterland hinweisen und gegenüber den Verdrehungen und Ableugnungen von den verschiedenen Seiten betonen, daß wir es uns gerade zum bedeutenden Verdienst anrechnen, was uns von unseren Gegnern zum Vorwurf gemacht wird, daß wir in jedem einzelnen Falle uns nach Zweckmäßigkeitsgründen entschieden, kurz daß wir praktische Politik getrieben haben.

In der „Elberfelder Zeitung" wird der Forderung nach einem concreten Programm Ausdruck gegeben, d. h. nach einem Programm, welches sich nicht in allgemeinen Redensarten bewegt, sondern die Ziele in Bezug auf die vorliegenden schwebenden Fragen klar ausspricht. Da wagt man zu behaupten, daß „bei solchen Grundsätzen" von einer politischen Partei überhaupt keine Rede sein kann. Wir behaupten dagegen, daß ein solches concretes Programm gerade die Zukunft einer Partei sicher stellt. Denn allgemeine theoretische Forderungen aufstellen, welche für alle Zeit Geltung haben sollen, das überlassen wir gern den Philosophen. Praktische Politik treiben, heißt mit den gegebenen Factoren rechnen, auf die gegebenen Verhältnisse Rücksicht nehmen, und die Verhältnisse ändern sich, sind nicht auf die Dauer dieselben, also müssen auch von Zeit zu Zeit die Ziele andere werden und die Mittel zur Erreichung derselben sich ändern. Wer dies leugnet, kann auf den Namen eines politischen Mannes überhaupt keinen Anspruch erheben. Das ist aber bei den Fanatikern der Fortschrittspartei der Fall, und es ist nothwendig, es offen auszusprechen, die falsche Auffassung von praktischer Politik, die Starrheit im Festhalten von Grundsätzen, mag darüber auch die öffentliche Wohlfahrt Bedeutenden Schaden nehmen — es ist das, was man „Principienreiterei" genannt hat — die daraus folgende Unfähigkeit zu positiver Mitarbeit, die Unfruchtbarkeit und schließlich, aber nicht zum wenigsten, die Methode, die agitatorische und in ihrem Resultate demagogische Stimmenfischerei und Rechthaberei gewisser „Führer" der Fortschrittspartei — sie sind als unser nationales Unglück anzusehen, und es wird nicht eher besser werden, als bis diese Partei wieder so weit herabgedrückt ist, wie sie es vor dreizehn Jahren war. Denn je mehr der Radicalismus von links zunimmt, um so mehr finden sich viele Wähler aus einer nicht unbegründeten Furcht vor dem weiteren Einfluß und dem Umsichgreifen der unterwühlenden Agitatoren veranlaßt, nach rechts zu schwenken und ein Gegengewicht zu suchen in der rückschrittlichen Richtung, obgleich das deutsche Volk im Großen und Ganzen die goldene Mittelstraße liebt, die ruhige Entwickelung der inneren Verhältnisse, den Ausbau des Reiches in gemäßigt liberalen Bahnen wünscht.

Wir freuen uns, daß auch von anderer Seite es nunmehr offen ausgesprochen wird, was wir zuerst als Forderung aufgestellt haben: unsere Partei kann von Neuem nur kräftig gedeihen, wenn wir klar und bestimmt Stellung nehmen zu den anderen Parteien, vor Allem zur Fortschrittspartei. Wie wir es vor einiger Zeit bei einer Betrachtung unserer Parteiverhältnisse ausgesprochen haben, wir wiederholen es heute: die Fortschrittspartei ist der Hemmschuh für eine gedeihliche Entwickelung unserer inneren Verhältnisse, und die Fortschrittspartei muß darum von uns mit allen Mitteln — natürlich nicht in roher Weise, das wäre unser nicht würdig — bekämpft werden.

Es ist keine Schande Fehler einzugestehen, wir rechnen es uns vielmehr zur Ehre an. Wir haben allerdings auch eine Zeit unter dem Banne gestanden, von dem Zusammenwirken aller Liberalen Großes für die Zukunft unseres geliebten deutschen Vaterlandes zu erhoffen. Wir stehen nicht an zu sagen, es war ein schöner Traum; die Fortschrittspartei hat uns in empfindlich-schmerzlicher Weise belehrt, daß sie sich zu der Höhe wirklicher, positiver Thätigkeit niemals erheben wird, daß der Boden ihrer Existenz der Kampf, die Agitation, die Kritik ist. Nachdem wir aber unseren früheren Fehler erkannt, gilt es, ihn zu vermeiden, und indem wir den radikalen Fortschritt bekämpfen, treten wir auch dem Rückschritte am wirksamsten entgegen, denn so, und nur so, wird uns das Vertrauen weiter Kreise des Bürgerthums wieder zufallen und der Moment, da unsere Gegner uns am Boden wähnten, ist der Anfang unserer Wiedererstarkung. Sie werden bald einsehen, daß sie zu früh frohlockt haben.

Leipzig, 12. October 1883.

* Die vollkommene Stille, welche hinsichtlich der weiteren Förderung der **socialpolitischen Gesetzgebung** eingetreten ist, läßt die Annahme nicht zu, daß die Vorarbeiten für diese Gesetzgebung in regem Gange und ersprießlichem Fortschreiten begriffen sind. Der Besuch, welchen vor Kurzem der Minister von Bötticher dem Reichskanzler in Friedrichsruhe abgestattet hat, wurde vorzugsweise mit dieser Angelegenheit in Verbindung gebracht; von den Erfolgen der Berathungen, die dort stattgefunden haben mögen, hat aber bisher nichts verlautet. Es macht den Eindruck, als ob neuerdings Hindernisse und Stockungen eingetreten seien, welche einem energischen Fortschreiten der Arbeitergesetzgebung im Wege ständen. Weiter als auf eine Wiedervorlegung des Unfallversicherungsgesetzes wagt man für die nächste Session, die letzte der gegenwärtigen Legislaturperiode, schon gar nicht mehr zu rechnen, und ob dieses Gesetz auf einer Grundlage wieder eingebracht werden wird, welche einen günstigen Erfolg im Reichstage verbürgt, muß dahingestellt bleiben. Es hätte schon vor zwei Jahren zu Stande kommen können, wenn sich die Regierung nicht auf einzelne, für den Reichstag unannehmbare Vorschläge versteift hätte. Am 14. April, also erst vor einem halben Jahre, erging die kaiserliche Botschaft, welche den Reichstag zur vorzeitigen Etatsberathung ermahnte, mit dem Hinweis darauf, daß die nächste Wintersession für die Unfallversicherung und die bis dahin weiter zu erwartenden Vorlagen wegen der Alters- und Invalidenversorgung freigehalten werden müsse. Der Reichstag hat diesem Wunsch entsprochen und den Etat vorzeitig festgestellt. Die socialpolitischen Aufgaben der nächsten Reichstagssession werden aber schwerlich so umfangreich sein, daß sie nicht vollauf Zeit zur Etatsberathung lassen würden. Von der sicheren Zuversicht, mit welcher noch vor wenigen Monaten so weitgehende Ziele, wie die Alters- und Invalidenversorgung, für die nächste Zeit aufgestellt wurden, ist augenblicklich wenig mehr zu spüren. Die Hereinziehung auch dieser großen Aufgabe in die socialpolitische Gesetzgebung wird man wenigstens für die laufende Legislaturperiode schwerlich mehr erwarten dürfen. Die geringe Fruchtbarkeit auf diesem Gebiet würde aber um so mehr zu bedauern sein, wenn zugleich wieder eine Verlängerung des Socialistengesetzes beantragt wird. Wir sind weit entfernt, die Regierung zu überhasteten und schlecht vorbereiteten Gesetzesvorlagen drängen zu wollen, wenn sie der unendlichen Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiet herrschen, nicht in so kurzer Zeit Herr zu werden vermag, wie sie selbst es sich vorgestellt hatte. Indessen macht es den Eindruck, als ob eine gewisse Ermattung und Abspannung eingetreten sei, und es wird vielfach die zweifelnde Frage erhoben, ob die Ziele der kaiserlichen Botschaft vom Jahre 1881 noch in vollem Umfang festgehalten werden.

* In einem Artikel: „Ein deutscher Gedenktag" schreibt die „Provinzial-Correspondenz" an der Spitze ihrer dieswöchentlichen Nummer:

Die fünfundzwanzigste Wiederkehr des Tages, an welchem unser Kaiser die ihm durch Schreiben des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm's IV. vom 7. October 1858 übertragene Regierung des preußischen Staates antrat, wird, wie die Leser dieses Blattes wissen, durch mancherlei äußerliche Festlichkeit bezeichnet werden. Für unser königliches Haus ist der Tag des Regierungsantritts Sr. Majestät mit so schmerzlichen Erinnerungen an das langjährige Siechthum des verewigten Königs verbunden, daß der pietätvolle Sinn unseres Kaisers jede festliche Begehung desselben als unangemessen abgelehnt hat. Für das preußische und das deutsche Volk hat der Act, mit welchem ein neuer Abschnitt seiner Geschichte begann, eine so hohe nationale Bedeutung, daß es äußerer Zeichen der Erinnerung an die Errungenschaften, die wir demselben zu danken haben, nicht erst bedarf. Was es mit der innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts errungenen Sammlung deutscher und preußischer Wehr- und Volkskraft, der Erneuerung des deutschen Staatsbewußtseins und der Wiederherstellung des Reichs auf sich gehabt hat, braucht uns nicht erst durch Glockenklang und Feuerzeichen verkündigt zu werden. Lauter und heller als diese irgend vermöchten, zeugt die gesammte äußere und innere Gestaltung des deutschen Lebens, die veränderte Stellung, welche der Preuße und der Deutsche unter den übrigen Völkern der Erde einnehmen, von der Fülle des Segens, der über diese glücklichste und ruhmreichste Regierung der neueren Zeit ausgegossen worden ist. Jede äußere Feier würde hinter derjenigen zurückbleiben, welche von Millionen dankbarer und patriotischer Herzen begangen wird, die in der Erinnerung an die lange Reihe unterlebter ruhmvoller Tage lauter und wärmer schlagen und die sich in dem heißen Wunsche begegnen, die ehrwürdige Gestalt des geliebten Monarchen der Nation noch lange als Vorbild voranleuchten zu sehen. In diesem Sinne begangen, wird der Gedenktag des Regierungsantritts unseres Kaisers auch ohne jede äußere Ausgestaltung zu seinem vollen Rechte kommen.

* Ende 1879 hatte die **preußische Generalsynode** Anträge angenommen: „in Uebereinstimmung mit den Eisenacher Beschlüssen und dem Antrage des Oberkirchenraths Folge gebend, anzuerkennen, daß die Verlegung des bisherigen Buß- und Bettages wünschenswerth sei, und daß der Freitag der letzten Woche des Kirchenjahres als der am besten geeignete Tag erscheine; ferner das evangelische Kirchenregiment zu ersuchen, unter der Voraussetzung, daß die angebahnte Verständigung, besonders mit den norddeutschen Kirchenregierungen, zum Abschluß gelange und für den in Aussicht genommenen **allgemeinen deutschen Bußtag** der staatliche Schutz in dem bisherigen Umfang garantirt werde, die thunlichst allgemeine Einführung anzubahnen." Infolge dessen machte der evangelische Oberkirchenrath den übrigen Kirchenregierungen den Vorschlag, den allgemeinen deutschen Bußtag auf den letzten Freitag des Kirchenjahres anzusetzen. Wie jetzt berichtet wird, haben **nur die norddeutschen Kirchenverwaltungen zustimmende Erklärungen abgegeben, wogegen der Vorschlag bei den süddeutschen Kirchenbehörden und Regierungen, insbesondere bei der bayerischen Regierung keinen Anklang gefunden hat. Es soll deshalb in nächster Zeit in Vorschlag gekommen sein, zunächst für ganz Preußen einen gemeinsamen Buß- und Bettag einzuführen** und denselben auf den 1. November festzusetzen.

* Der Abschluß der Arbeiten für den **preußischen Etat** dürfte in Kurzem zu erwarten sein. Die überwiegende Mehrzahl der Voranschläge für das Etatsjahr 1884/85 ist vorbehaltlich einzelner wichtiger Puncte fertiggestellt; dagegen scheinen die Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressortministern und dem Finanzminister noch keineswegs abgeschlossen zu sein. Der Letztere soll in seinem Entgegenkommen mannichfach behindert sein, da er Schwierigkeiten in den Ausfällen einzelner Einnahmen findet. Insbesondere sollen die Einnahmen aus den **Gerichtskosten** abermals einen Ausfall von mehreren Millionen aufweisen und müssen demgemäß auch niedriger im Etat angesetzt werden.

* * *

* Jetzt, wo die **Magyaren** durch die ihnen gewachsenen Kroaten hart bedrängt werden und sich zur fast bedingungslosen Annahme der ihnen dictirten Bedingungen haben verstehen müssen, erinnern sie sich endlich der **Siebenbürger Sachsen** und versuchen eine Annäherung an diesen bisher schonungslos unterdrückten Volksstamm, um ihn, wenn möglich, als Gegengewicht und Sturmbock gegen die Kroaten zu verwenden. Der „N. Fr. Pr." gehen über diese von den Officiösen freilich geleugnete Thatsache interessante Mittheilungen aus Hermannstadt zu, denen wir das Nachstehende entnehmen:

Vor einiger Zeit fand sich ein **Vertrauter des Herrn von Tisza**, Mitglied des ungarischen Reichstages und sonst vielbeschäftigter Intimus der Regierung, in Hermannstadt ein und überbrachte den „Sachsenführern" den Wunsch des Ministerpräsidenten nach einer Verständigung. Es wurde den Sachsen angedeutet, daß man deren hohe politische und national-ökonomische Wichtigkeit für Siebenbürgen und den ungarischen Staat erkenne und werthschätze, auch geneigt sei, den nationalen Wünschen derselben nach Möglichkeit nachzukommen. Die Obergespäne in den von Sachsen bewohnten Comitaten sollten künftig im Einvernehmen mit den sächsischen Führern ernannt, die Beschwerden hinsichtlich des Universitätsstatus und der Beschlüsse dieses letzten Restes sächsischer National- und Municipal-Autonomie behoben und beiden vorstehenden Restaurationen der Beamtenkörper in den Comitaten das Interesse der Sachsen bestens berücksichtigt und gewahrt werden. Nicht minder werde die Regierung in der Durchführung des neuen Mittelschulgesetzes die möglichste Nachsicht und Schonung walten lassen und in seiner Weise die gedeihliche Fortexistenz der sächsischen Gymnasien und Realschulen befördern. Als Gegenleistung für diese Verheißungen forderte der Vertrauensmann der Regierung die Wegfassung jeder Opposition der Sachsen in der — kroatischen Angelegenheit, eventuell die Zustimmung der sächsischen Reichstagsdeputirten zu den Propositionen der Regierung in Sachen der kroatischen Wappenschilderfrage. Bei dem Umstande, daß durch die Fernhaltung der Kroaten von den Sitzungen des Reichstages, sowie durch die Verstimmung, welche das Vorgehen des Ministeriums in Kroatien selbst im Schooße seiner eigenen Partei hervorgerufen haben mochte, und bei den ernstlichen Anstrengungen der beiden parlamentarischen Oppositionsparteien erscheinen die Deputirten sächsischer Nationalität für die Regierung von besonderem Werthe. Abgesehen von der numerischen Bedeutung dieser Stimmen müßte auch die Thatsache von Wichtigkeit sein, daß die wenigen Vertreter des deutschen Volksstammes in Ungarn sich in dieser Frage von eminent staatsrechtlicher Tragweite der Regierung angeschlossen hatten.

Wie uns die Stimmung unserer maßgebenden sächsischen Persönlichkeiten bekannt ist, nahmen diese die Eröffnungen des ministeriellen Vertrauensmannes mit begreiflicher Zurückhaltung entgegen. Sie erklärten ihre Bereitwilligkeit zur Herstellung eines leidlichen modus vivendi, aber sie haben auch hervor, daß in dieser Beziehung nicht Worte und Versprechungen, sondern unzweideutige Thatsachen eine grundsätzliche Aenderung im Verhalten der Regierung gegenüber den Sachsen bezeugen müßten. An solchen Thatsachen fehle es bisher gänzlich, und doch könnten nur allein diese die Sachsen zum Aufgeben ihres jetzigen Standpunctes bewegen.

Dem ersten Sendling der Regierung, die mittlerweile durch ein hochgestelltes Mitglied des Ministeriums selbst mit den leitenden sächsischen Kreisen in Berührung getreten war, folgte nach einiger Zeit ein zweiter Bote. Derselbe fand jedoch einen noch ungünstigeren Boden, weil inzwischen zwei Dinge eingetreten waren, die mit